

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mtk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mtk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mtk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 93

Wildbad, Samstag, den 24. April 1920.

54. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

Geben und dienen.

Wir brauchen nur einmal entschlossen anzufangen, dann gehen uns die Augen auf und wir sehen rings um uns her aufgebrochenes Ackerfeld, in das wir die Saat der dienenden Liebe ausstreuen können. Und glaubt es mir, wer solchem Geben und Dienen wird unser Leben reich und erlangt Wert für Gott und für die Menschheit.

G. Beng.

Wochenrundschan.

Der Reichstagswahlgesetzentwurf ist von der Regierung veröffentlicht worden. Das Gesetz unterscheidet sich von dem Wahlgesetz vom 30. November 1918 vor allem dadurch, daß es nicht mehr eine bestimmte Zahl von Abgeordneten des Reichstags festlegt (bisher waren es 433 und nach Ausscheiden Elsaß-Lothringens noch 421), sondern daß einfach bestimmt wird: das Reich wird in fünfundsiebzig Wahlbezirke und Kreise eingeteilt und auf je 60 000 Stimmen kommt ein Abgeordneter. Derart, daß Ueberschüsse von Stimmen über die 60 000 hinaus in dem einen Kreis den Parteistimmen in einem andern Kreis zugerechnet werden, die zusammen dann wieder vielleicht die Zahl 60 000 ergeben und somit der betreffenden Partei einen Sitz im Reichstag bringen. So geht keine Wahlstimme verloren, was ein scharfer Ansporn an die Wähler ist, an der Abstimmung sich zu beteiligen. Es gibt nun die Ausrede der Wahlsaulen nicht mehr: „es hat ja doch keinen Wert, wir bringen doch keinen Kandidaten durch“. Die Stärke der Wahlbeteiligung ist nach dem neuen Gesetz noch von viel größerer Bedeutung als früher. Die Zahl 60 000 für 1 Abgeordneten ist natürlich nicht willkürlich gewählt, sondern sie ergab sich unter Zugrundelegung der seitherigen Abgeordnetenzahl bei einer dormaligen Bevölkerungsziffer von rund 56 Millionen Einwohnern und einer entsprechenden Wählerzahl. Bei einer flauen Wahlbeteiligung würden sich demnach etwa 400, bei einer mittleren 420 bis 430 Abgeordnete ergeben, erfüllen alle Wähler ihrer Wahlpflicht, so könnten im Höchstfall etwa 450 Abgeordnete in den Reichstag einzuziehen. Die Zahl der Reichstagsabgeordneten ist also eine bewegliche und von der Stärke der Wahlbeteiligung abhängig. Die Wahlen werden am 6. Juni stattfinden. Da aber die Neueinteilung der Wahlkreise sich bis dahin nicht mehr durchführen läßt, so wird diesmal noch die alte Kreiseinteilung beibehalten. Die Wahl des Reichspräsidenten wird dann vom neuen Reichstag anberaumt werden.

Auch in Württemberg gibt es ein neues Wahlgesetz, das sich in den Grundzügen an das Reichswahlgesetz anlehnt. Das Land wird in 24 Wahlkreise eingeteilt und auf 25 000 Stimmen soll 1 Abgeordneter kommen, die durchschnittliche Abgeordnetenzahl würde somit 101 sein.

Inzwischen sind weitere Parteiprogramme erschienen. Die Deutsche nationale (Christliche) Volkspartei in Baden tritt in ihrem Wahlantrag für deutsches Volkstum, christliche Schule, für den bedrohten Mittelstand in Stadt und Land ein, bekämpft die Klassenherrschaft und die Nebenregierung der Gewerkschaften und macht der gegenwärtigen Regierung und ihren Parteien den Vorwurf, daß sie ihr Versprechen, dem Volk Freiheit, Frieden und Brot zu bringen, nicht gehalten haben. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei versichert, es sei eine geschichtliche Notwendigkeit, daß das Proletariat die Herrschaft übernehme, zu welchem Zweck zunächst der entscheidende Einfluß auf Besetzung der Regierungsgremien und die Erhebung verlangt wird. Die Deutsche demokratische Partei bezeichnet sich als nationale Demokratie. Sie zieht einen klaren Trennungsschnitt gegen die Deutschenationalen und lehnt die Klassenherrschaftslehre der Linksradikalen, wie überhaupt jede Nebenregierung ab. Die Partei stellt sich auf den Boden der Koalition, betont aber dem Zentrum gegenüber den Anspruch des Staats auf die Schule. Mit der Mehrheitssozialdemokratie geht die Partei in vielem einig, auch in der Sozialisierung, die aber nicht so weit getrieben werden darf, daß das Streben der Tüchtigen und die Betätigung des Kapitals, durch welche Faktoren eine gesunde Wirtschaft getragen werde, unterbunden werden. Es scheint

daß das demokratische Wahlprogramm je nach dem Ausfall der Wahlen die Möglichkeit einer allsozialdemokratisch-demokratischen Koalition offen läßt, während der Reichsausschuß der Zentrumspartei die fernere Beteiligung an der Koalition in der Schwebe gelassen hat. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß in gewissen politischen Kreisen der Beitritt der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale) zur Koalition, welche letztere dadurch eine Wesensänderung erfahren würde, nicht für ganz unmöglich gehalten wird. Es käme jedenfalls darauf an, wie sich der linke Flügel der sozialistischen Parteien zu der Frage verhalten würde.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Birtz hat den Haushaltsausschuß der Nationalversammlung in die Geheimnisse der Reichsfinanzen eingeweiht. Es sind nun so um die 197 Milliarden Reichsschulden beieinander, 92 Milliarden in Anleihen „fundierte“, 105 Milliarden „schwebende“ sozusagen in der Luft, sie bestehen in ungedecktem Papiergeld usw. Vor dem Krieg hatte das Reich eine fundierte Schuld von 5,2 Milliarden und eine schwebende von 400 Millionen. Beim Ausbruch der Revolution November 1918 waren es 96 Milliarden fundierte, 15 schwebende, im September 1919 90 Milliarden fundierte, 75 Milliarden unfundierte Schulden. Die ungünstige Verschiebung des Verhältnisses beider Schulden wird sich nach der Ankündigung des Finanzministers fortsetzen und steigern. Der frühere Finanzminister Erzberger hatte für Ende März ds. J. einen Gesamtschuldenstand von 204 Milliarden vorausgesagt, weil er in Aussicht genommen hatte, die Entschädigung der Auslandsdeutschen bis zu dem Zeitpunkt zu regeln. Die Entschädigung ist bis jetzt unterblieben und daher rührt der geringere Schuldenbestand von 197 Milliarden, der also nicht eine Besserung unserer Finanzen gegenüber dem Erzberger'schen Finanzplan an sich bedeutet. Schmerzliches Erstaunen rief im Anschluß die Mitteilung des Finanzministers hervor, daß die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich einen Jahresfehlbetrag von nicht 7, wie bisher angenommen wurde, sondern von 12 Milliarden gebracht hat, der durch den Abmangel der Reichspost auf 13 und durch die neuen Lohnforderungen der Eisenbahner auf 15 Milliarden erhöht wird. Der Abg. Stäcker (Soz.) sprach die Ansicht aus, daß es bei einer solchen Lage nicht mehr möglich sei, die Löhne in bar zu bezahlen; es werde wenigstens ein Teil des Lohnes wieder, wie in alten Zeiten, in Waren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestehen müssen. Das ist sehr beachtenswert, weil die Sozialdemokratie bisher ein abgefangener Feind der Naturalisierung war.

Der neue Putsch in Berlin, den der Abg. Cohn entdeckt und zur Anzeige gebracht hatte, hat sich als eine ungefährliche Sache herausgestellt. Die angebliche Verschöndrigung im Reichswehrministerium war nämlich auf Veranlassung des Wehrministers selbst zustande gekommen und sollte zu einer versöhnlichen Aussprache zwischen den Vertretern des Militärs und der radikal gerichteten Arbeiterschaft führen. Sei es, daß diese etwaige Versöhnung dem Abg. Cohn nicht ins Konzept passte, oder daß er sich selbst über den Zweck der Besprechung täuschte, es war jedenfalls übereilt, von Verschöndrigung zu reden. Die neue und höchst unnötige Aufregung hätte erpart werden können; sie hat uns nur wieder Schaden gebracht. Nicht zum wenigsten dem Ausland, und vor allem dem feindlichen Ausland gegenüber, das eben jetzt in San Remo über Deutschland zu Gericht sitzt. Frankreich ist deswegen, weil es ohne Erlaubnis Englands seinen Einbruch in Deutschland ausgeführt hat, nicht schlecht gemahregelt worden. Das hat die Franzosen natürlich mächtig gewundert und sie konnten doch gegen das stärkere England, das außerdem die Unterstützung Italiens hat, nichts machen. Aber wenn England die Unterordnung unter seinen Willen verlangte, so hatte Frankreich doch immer noch den Trumpf in der Hand, daß es England bei der „Lösung“ der türkischen Frage Schwierigkeiten machte und ohne die Zustimmung und Unterstützung Frankreichs kann England nicht Arabien, Palästina, Oxyrien, Mesopotamien und Armenien, dazu die ganze Bagdadbahn einschleichen. Man „verständigte“ sich. Nachdem Frankreich der Ueberführung Englands sich loblich unterworfen hatte, bekam auch Deutschland sein Teil. Lloyd George verkündete, Deutschland dürfe nicht glauben, daß der Einspruch gegen die Besetzung der Eisenbahnen eine Unterwerfung des

Widerstandes Deutschlands gegen Frankreich bedeute — kein vernünftiger Mensch hat so etwas geglaubt — vielmehr sei Deutschland gehalten, die Vertragsverpflichtungen streng einzuhalten bei Gefahr, daß England eine neue Hungersperre versage. Ganz entwaffnet soll Deutschland werden, die Einwohnerwehr muß weg, Ortswehren mit Gummiknüppeln und Revolvern sind nicht gestattet und die Franzosen bleiben in Frankfurt, bis die „Entwaffnung“ vollendet ist. In San Remo streiten die „Drei“ d. h. die Herren Ministerpräsidenten Lloyd George, Millerand und Ritti darüber, was unter Entwaffnung zu verstehen und wie weit sie zu treiben sei. Schließlich verstehen die Franzosen auch die Uelieferung der Taschenmesser darunter; hoben doch auf höheren Befehl den eifässigen Rekruten, die mit den „Kameraden“ aus Frankreich auf sehr gespanntem Fuß stehen, die Spitzen ihrer Taschenmesser abgebrochen werden müssen; durch diese „Entwaffnung“ ist die Ruhe und Sicherheit der französischen Soldaten in den eifässigen Garnisonen wieder hergestellt worden. Es ist wichtig, daß die Herren in San Remo sich über die Art der Entwaffnung einigen, denn soviel ist Frankreich doch zugestanden, daß es solange im Maingau bleiben darf, bis die „Entwaffnung“ vollkommen durchgeführt ist. Es ist begreiflich, daß Frankreich sie bis zum äußersten treiben will, während Italien meint, die Welt sei jetzt lange genug zum Narren gehalten worden und das deutsche Leidensmaß sei voll. Lloyd George hat nichts dagegen, wenn Deutschland noch ordentlich gequetscht wird, er hat ihm ja seinerzeit das Weißbluten angekündigt; aber alter englischer Tradition gemäß muß man doch die Besicht wahren. So wird denn in San Remo hin und her gesprochen und gestritten, alles hinter verschlossenen Türen, damit niemand höre, wie sehr die bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit gepriesene Eintracht der Verbündeten schon in die Brüche gegangen ist.

Neues vom Tage.

Die Kapp-Untersuchung.

Berlin, 23. April. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß über die Beteiligung von Offizieren am Kapp-Putsch nahm trotz des Widerpruchs des Untersuchungssekretärs gegen die Mehrheitssozialisten einen Antrag des Abg. Dieb (Zentr.) an, die Untersuchung sei künftig besonderen Amtsstellen im Reichswehrministerium zu überlassen, die je mit einem Beamten und einem Parlamentarier zu besetzen seien. Damit ist die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses beendet.

In Greifswald (Pommern) ist auf Veranlassung des Stettiner Polizeipräsidenten eine Anzahl von Durchsuchungen vorgenommen worden und zwar bei studentischen Verbindungen, sowie bei Einzelpersonen. U. a. wurde der von dem Kapp-Putsch her bekannte Hauptmann Genée auf einem Gut bei Greifswald festgenommen.

Neue Unruhen im Industriegebiet.

Berlin, 23. April. Der „Berl. Volksanzeiger“ meldet, im bergischen Land bereite sich eine neue spartakistische Erhebung vor. Der Mittelpunkt sei anscheinend Remscheid. Auch aus Barmen und Solingen kommen ähnliche Berichte.

Essen, 23. April. Die feindliche Wiedergutmachungskommission hat die fernere Verladung von Kohlen nach Holland verboten. Zuerst müsse Frankreich und Belgien die volle Lieferung nach dem Friedensvertrag erhalten.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 23. April. Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei wird am 5. und 6. Mai in Berlin im Herrenhause stattfinden.

Die demokratische Partei stellt für den 23. Wahlkreis (das rheinisch-westfälische Industriegebiet) den Grafen Bernstorff als Reichstagskandidaten auf.

Gegen die Maisfeier.

München, 23. April. Die christlichen Gewerkschaften in Bayern erklären: Die nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmer haben keine Veranlassung, sich an der Maisfeier zu beteiligen. Jede willkürliche Arbeitsruhe bringt unser darniederliegendes Wirtschaftsleben immer mehr an den Abgrund.

Lohnbewegung.

Dresden, 22. April. Die Bankeninhaber haben den Schiedspruch in den Lohnverhältnissen im Bankgewerbe abgelehnt. Die Regierung will das Streikpostenflehen verbieten. (?)

Hülfeldorf, 22. April. Die Angestellten der Banken beschließen, in den Streik einzutreten, bis ein neuer Tarif abgeschlossen ist.

Wien, 22. April. Morgen werden 70 000 Industrie-Angestellte Oesterreichs in den Ausstand treten, da die Industriefabriken zwar die Gehaltsforderungen bewilligt, aber einen allgemein gültigen Rahmenvertrag, der eine Aufhebung der Gehälter wie bei den Staatsbeamten vorsieht, abgelehnt haben.

Keine Räumung Frankfurts.

Paris, 22. April. Im Kammerausschuß teilte ein Regierungsvertreter mit, in Frankfurt liegen 14 000, in Hanau 2000, in Darmstadt 3500 Mann. Es sei nicht in Aussicht genommen, die Truppen zurückzuziehen.

Die Konferenz von San Remo.

Paris, 22. April. „Petit Parisien“ meldet, daß die Vorbereitungen der drei Ministerpräsidenten Lloyd George, Millerand und Nitti noch keineswegs zu einer Einigung geführt haben. Die Beratung des Vertrags mit der Türkei werde sich sehr in die Länge ziehen.

Nach dem „Matin“ wird Millerand in seinen Forderungen fest bleiben und er hofft, daß Lloyd George und Nitti sich schließlich unterwerfen werden, um den Zerfall des Verbands zu verhüten.

London, 22. April. Die „Times“ selbst, die Konferenz habe die Anträge über die Entwaffnung Deutschlands mit zwei englischen Zusatzartikeln angenommen, nachdem die Vertreter der Ueberwachungskommission in Berlin in einem fünfständigen Vortrag Bericht erstattet hatten.

Verhaftung.

Hamburg, 22. April. Der Bürgermeister von Kiel, Dr. Lindenmann, der in den Putztagen die Interessen der Rapp-Regierung in Kiel vertrat, wurde heute morgen hier verhaftet.

Der Schreden Millerands.

Paris, 22. April. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet, haben Nitti und Lloyd George Millerand den Gedanken nahe gelegt, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Konferenz von San Remo einzuladen. Der Berichterstatter bemerkt, man könne sich die Wirkung dieses Vorschlags auf Millerand leicht vorstellen.

Dresden, 22. April. Mit Gradnauer wird das ganze Ministerium zurücktreten.

London, 22. April. Die „Times“ meldet aus New-York, Wilson sei durch die Ablehnung seiner Vorschläge über die Türkei seitens der Konferenz von San Remo sehr verstimmt. Er habe deshalb öffentlich kundgegeben, daß er seine Ansichten den Verbündeten nicht bekanntgeben werde, bis der Senat den Friedensvertrag von Versailles befähigt habe. (Das heißt doch wohl bis zum St. Nimmerdeinstag. D. Schr.)

— **Die Kandidatur Erzberger.** Gegenüber der Berliner Meldung, daß der Reichsausschuß der Zentrumspartei sich gegen eine Kandidatur Erzberger ausgesprochen hat, teilt das ECB mit, daß der Reichsausschuß nicht die zuständige Instanz ist; die Entscheidung über die Wiederanstellung Erzbergers liegt bei der Württ. Zentrumspartei und bei der Parteiorganisation des engeren Wahlkreises.

Bisingen, Ob. Ludwigsburg, 22. April. (Leichenfund.) Am Wehr der Enz wurde die Leiche eines gut gekleideten 18jährigen Mädchens angeschwemmt und geborgen.

Tübingen, 22. April. (Studenten-Heimkehr.) Am Mittwoch abend kehrten einige hundert Studenten aus dem Ruhrgebiet zurück. Sie wurden auf dem Marktplatz mit Donnerschreien für die geleisteten Vaterlandsdienste vorabgeschiedet.

Der Ruin Oesterreichs.

London, 22. April. Bei Besprechung des Friedensvertrags mit Oesterreich im Oberhaus sagte Lord Milner, es sei den Abmachungen, die zum Eingreifen Italiens in den Krieg seinerzeit abgeschlossen wurden (dem englischen Geheimvertrag), zuzuschreiben, daß nicht unerhebliche deutsche Volksteile unter italienische Herrschaft gekommen seien. Mit dem völligen Ruin Oesterreichs müssen wir rechnen, nachdem die Donaumonarchie nun einmal so zerstückelt worden ist. Dieser Ruin wird sich kaum aufhalten lassen trotz der Hilfe, die die Alliierten Oesterreich angedeihen lassen und trotz der Bemühungen der englischen Regierung, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags von St. Germain mit größtem Entgegenkommen anzulegen. (!)

Verbotener Kongreß.

Neuenburg (Schweiz), 22. April. Der Regierungsrat des Kantons Neuenburg hat die Abhaltung des für übermorgen anberaumten kommunistischen Kongresses verboten, da seine Ziele der öffentlichen Ordnung zuwiderstießen.

Poststreik in Italien?

Mailand, 22. April. In Italien leidet der Post- und Telegraphenverkehr durch den Widerstand der Angestellten sehr. Die Verbindungen mit Oberitalien sind nur mit Mühe aufrechtzuerhalten. Tausende von Telegrammen können nicht befördert werden. In gleicher Weise häufen sich in Rom die Postfächer mit Briefen usw., so daß die dortige Postverwaltung die Beförderung von Wertpapieren und Drucksachen gesperrt hat. Man nimmt an, daß die Post- und Telegraphen-Angestellten nach Empfang ihres Gehalts zum Streik übergehen werden.

In Venua sind zwei Schiffe aus Odessa mit Germanissen aus Sowjetrußland eingetroffen.

Keine Vermögensabgabe in England.

London, 22. April. Im Unterhaus hob Chamberlain hervor, daß für das laufende Jahr eine weitere Verminderung der Staatsschulden um 300 Millionen Pfund Sterling (6 Milliarden Goldmark) zu erwarten sei, ohne Ausnahmemaßnahmen zu ergreifen. Später würde möglicherweise eine Abgabe auf die durch den Krieg erworbenen großen Vermögen gelegt werden. Die von der Arbeiterpartei vorgeschlagene allgemeine Kapitalabgabe bezeichnete er als ungerecht.

Churchill antwortete auf eine Anfrage über die Verwendung deutscher Zivilisten in englischen Diensten im Rheinland als Offiziersburshen, Schreiber usw., er habe Bericht eingefordert.

Brederek festgenommen.

Berlin, 22. April. Rechtsanwalt Brederek, der Presseschef der Rapp-Regierung, der sich unter dem Namen eines Ingenieurs Paul Schuldig in Veltow bei Rotterdam aufhielt, ist dort festgenommen worden.

Königsberg i. Pr., 22. April. Die „Döpreußische Zeitung“ wurde durch den Reichs- und Staatskommissar bis zum 5. Mai verboten.

Hamburger Sorgen.

Hamburg, 22. April. Die Bürgerschaft beschloß, die Einholung eines Rechtsgutachtens des Reichsgerichts darüber, ob Hamburg nach der Reichsverfassung verpflichtet ist, schon jetzt den Religionsunterricht wieder einzuführen und damit die Verordnung des Arbeiter- und Soldaten-Rats aufzuheben.

Die gemäßigten Mitglieder der Unabhängigen soz. Fraktion der Bürgerschaft haben dem Vorstand der Bürgerschaft ihren Rücktritt angezeigt.

Eine zum Nachmittag nach dem Heiligen Geist-Felde einberufene Versammlung Erwerbsloser ist von der Sicherheitspolizei verhindert worden. Versuche einzelner Gruppen, nach dem Rathaus zu ziehen, wurden durch Absperrung vereitelt, ebenso ein Versuch, den Alster-Baukahn zu säumen. Einige Rädelsführer wurden festgenommen.

Deutsche Kriegsschiffe nach Amerika.

Amsterdam, 22. April. Wie die „Times“ melden, ist ein Transportschiff mit 1100 amerikanischen Offizieren und Mannschaften nach Rosyth unterwegs, um die den Vereinigten Staaten zugewiesenen deutschen Kriegsschiffe zu übernehmen.

Keine Antwort ist auch eine.

London, 22. April. Auf die Anfrage, ob es wahr sei, daß Lord French allein oder mit der ganzen Regierung von Irland zurückgetreten sei, gab die Regierung im Unterhaus keine Antwort.

Die Finanzkonferenz des Völkerbunds.

Amsterdam, 22. April. Englischen Blättern zufolge ist an die Vereinigten Staaten eine besondere Einladung zur Teilnahme an der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel ergangen. Auch andere Staaten, darunter ehemals feindliche, sollen an der Konferenz teilnehmen, um sich über besondere Fragen zu äußern.

„Proletarische“ Schlossherren. Wie eine demokratische Korrespondenz mitteilt, hat Dr. Helphand-Barous nach seiner Ausweisung aus der Schweiz sich in Schloß Schwanden bei Berlin niedergelassen. Der frühere „unabhängige“ preussische Finanzminister Simon hat auch ein Schloß in der Mark gekauft.

Berlin, 22. April.

Bergmannswohnungen. Reichswahlgesetz.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungspolitik betreffend die Errichtung von Bergmannswohnungen.

Abg. Dr. Mumm (natl. Vp.): befürwortet bei der Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln für Bergmannswohnungen den Erwerb von Grundbesitz und den Kohlenbergbau gleichzustellen.

Abg. Osterroth (S.) beantragt, auch die Kalibergarbeiter einzubeziehen und die Mittel den Auslandsüberschüssen zu entnehmen. Reichsarbeitsminister Schuler weist auf die großen technischen Schwierigkeiten hin, die dem Antrag entgegenstehen. Der Ausschussantrag mit dem Antrag Osterroth wird angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs des Reichswahlgesetzes.

Reichsminister Koch: Ich begrüße es, daß der Gesetzentwurf einstimmig mit geringen Änderungen angenommen wurde. Alle Fehler der Verhältniswahl sind noch nicht vermieden, aber die gebundene Liste bietet noch immer die meiste Freiheit. Das wir denjenigen für gewählt erklären, der über 80 000 Stimmen auf sich vereinigt, wird die Wahl volkstümlicher machen als die umständlichen Berechnungen, ebenso, daß die Zahl der Abgeordneten steigt mit der steigenden Wahlbeteiligung. Eine Ueberschätzung der Bedeutung der Reichslisten für die überzähligen Stimmen ist nicht angebracht. Die Wahlen in Ostpreußen und zu verlagern, scheint noch immer das geringste Uebel zu sein. Bedauerlich ist es, daß es uns verlagert ist, im Saargebiet und in Capen-Mahmedy wählen zu dürfen.

Abg. Schmidt-Sachsen (S.) und Abg. Brodau (D.D.P.) stimmen dem Entwurf zu.

Abg. Eichhorn (U.S.P.) bedauert, daß durch die Verhältnisse die engen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wählern beeinträchtigt werden.

Abg. Dietrich (Natl. Vp.): Den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs werden wir im wesentlichen zustimmen können.

Zu § 2 beantragen beide sozialdemokratischen Parteien die Streichung des Absatzes, der den Soldaten das Wahlrecht nimmt.

Abg. Hauffmann (D.D.P.) spricht dagegen.

Abg. Gräfe (D.nat. Vp.): Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß man Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten sollen, nicht von den politischen Rechten ausschließen darf.

Abg. Po'adomsha (D.nat. Vp.): Ein politisierendes geworbenees Heer ist noch gefährlicher, als ein politisierendes ausgehobenes Heer. Das heutige deutsche Heer darf nur ein gehorhames Organ der Regierung sein.

Bermischtes.

Seltener Fall. Ignaz Müller in Friedrichshagen bekam von seiner Ehefrau ein niedliches Bäcklein, worüber er sehr erfreut war. Aber wie groß war sein Entsetzen, als er nach acht Tagen zwei weitere Bäcklein im Stall vorfand. So etwas war ihm noch nie passiert.

Die Hochschule für Leibesübungen. Die neue Hochschule für Leibesübungen wird in Berlin am 15. Mai eröffnet. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Bier wurde zum ersten Rektor gewählt. Außerdem ist noch eine Reihe Professoren der Berliner Universität im Lehrkörper vertreten, so du Bois-Reymond, Albu, Gocht, Dönitz und Moede. Im übrigen ist der Lehrkörper aus den hervorragendsten Vertretern der Praktiker und Theoretiker der Sportverbände zusammengesetzt.

275 Mark Wochenlohn für Milchmädchen. Die Milchmädchen in Berlin haben 6 Wochen gestreikt. Durch einen Vergleich ist ihnen ein Monatslohn von fast 1300 Mark nebst gewissen Sondervergünstigungen zugestanden worden.

Ein Waffenschatz im Museum. In dem Museum der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, Abteilung Sommerda bei Suhl, sind Waffen aller Art, Karabiner, Büchsen und Maschinengewehre gestohlen worden.

Zuchthausstrafe für einen Bürgermeister. Der Bürgermeister von Heitfeld, Albert Gerlach, ein Führer der Unabhängigen, der sich umfangreiche Lebensmitteldiebstähle zuschulden kommen ließ, wurde nach dem „B. L.“ von der Strafkammer in Eisenach zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Vom Eise eingeschloffen. Anfangs April veranlaßte die Sowjetregierung von Moskau aus drablos einen Hilferuf für einen

Die wilde Hummel.

Novellen von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

17

„Ah —“

Ihre Erzählung zieht die feinen, mit einem Stiff geschickt nachgedunkelten Brauen hoch.

„Oder meinen Sie etwa nicht —?“

„Ich weiß nicht recht —“

„Wieso? Mit dem Gesicht! Und der Figur! Und den Millionen!“

Wahrscheinlich greift Justizrat Mertens nach seinem Zylinderhut und verbeugt sich tief vor der kleinen Dame.

„Gestatten Erzählung, daß ich mich empfehle! Erzählung werden mit Ihrer Mündel allein sein wollen! Ich möchte mir wünschen, daß Erzählung' günstige Meinung über die junge Dame vorhält!“

Ihre Erzählung, die Frau Gräfin Klothilde von und zu Lüttinghausen reißt ihre wasserblauen Augen erschrocken auf.

„Wie meinen Sie das —?“

„Ah —“ der Justizrat zögert ein wenig — „sie besitzt noch etwas anderes wie Schönheit und Millionen.“ „Großer Gott! Sie erschrecken mich! Was denn? Was?“

„Sie ist eigenwillig bis zur Widerspenstigkeit und hat durchaus nicht das Benehmen einer Dame,“ knurrt er erregt. Und man merkt seinem Ton an, daß er froh ist, endlich seinem lange zurückgehaltenen Werges Lust machen zu können. „Sie hat eben in Ihrem Leben nie etwas anderes gesehen als eine Bande von Räubern

und Kowdies. Ich danke meinem Schöpfer, daß ich die Verantwortung für sie los bin!“

Ihre Erzählung ist in einen Sessel gesunken. In ihren Puppenstößen steht deutlich starres Entsetzen geschrieben.

„Mein Gott! Hat Sie auf dem Schiff irgend etwas angestellt? Hat man sich über Sie beklagt? Neben Sie! Neben Sie!“

Der Advokat, der bereits die Hand auf die Stirn gelegt hatte, wusch sich noch einmal um.

„Im Gegenteil!“ erwidert er trocken. „Sie hat durch ihr ungeniertes Wesen der ganzen Männerwelt an Bord den Kopf verdreht — den alten Kapitän inbegriffen. Ich wundere mich nur, daß es ohne Duell abging. Schon der Name kennzeichnet Sie —“

„Welcher Name?“

„Ten ihr die Hüpfbande da unten in der gottverlassenen südamerikanischen Sandbüchse gab —“

„Welcher Name?“

„Zi — w — Hummel!“

„Sie — großer Gott! Die — „wilde Hummel“?“

„Ganz recht, Erzählung. Und lassen Erzählung mich nun noch hinzufügen, daß ihr Benehmen diesen Namen mehr als rechtfertigt. Empfehle mich gehorsamst, Erzählung!“

Justizrat Mertens ist gegangen. Und Ihre Erzählung, die Frau Gräfin Klothilde von und zu Lüttinghausen sitzt wie entgeistert in ihrem Lehnstuhl und wartet auf das Wiedererscheinen der „wilden Hummel“.

Inzwischen hat das Mädchen in dem zierlichen Antikwedzimmer Hut und Umhang abgelegt, wobei sie lachend die Unterstüßung der Borse abwehrte. Dann hält sie Umschau in dem ganz in weiß und gold gehaltenen Raum.

Wie die Dame des Hauses selbst, so ist auch ihre Wohnung ein Prachtstück an eleganter Aufmachung. Die weißlackierten Möbel im Rokoko-Stil mit den Goldaufschlägen über goldfarbenerm Atlas, die weißglänzende Lattapete, auf deren leuchtendem Grund große goldene Ornamente prunken, die deckenhohen, venezianischen Spiegel mit ihren goldbemalten Blumen — dies alles erfüllt Hummelchens schlichten Sinn mit Bewunderung.

Und erst die merkwürdigen Säckelchen, die überall herumliegen und herumstehen! Auf dem Spitzenverhangener Toiletentisch, auf kleinen Schränkchen, auf Etageren und Konsolen: Flaschen und Fläschchen jeder Form und Größe, Schachteln und Schächtelchen jeder Farbe. Und Bürsten und Rämme und Zellen und Scherter und Tuben und Zangen und Watterbüchsen.

Doch nicht lange gibt die wilde Hummel sich mit diesem Toiletteinterieur ab, deren Geheimnisse sie nicht kennt.

Der süßliche Duft, den sämtliche Gegenstände ausströmen, belästigt ihr gesundes Empfinden. Sie geht ans Fenster und öffnet es.

Träumen alles finster. Und kalt. Beuchte Rebellluft drin! fröstelnd herein. Rasch schließt die an Wärme und Sonnenchein gewöhnte junge Südafrikanerin wieder das Fenster. Ihre Züge zeigen einen nachdenklichen Ausdruck.

La' also ist Berlin? Der gepriesene Ort, wo sie fernherhin leben, der sie Büffel-Goldfeld und all die „Jungens“ und ihre ganze freie, ungebundene Kindheit vergessen machen soll? —

Eine Viertelstunde später sitzt sie Ihrer Erzählung gegenüber am zierlich gedeckten Tisch, an dem ein Bier: geräuschlos serviert.



Dampfer, der mit 800 Flüchtlingen, darunter vielen Frauen und Kindern an Bord im Karischen Meer nördlich des Ural vom Eise eingeschlossen wurde. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet, will die englische Regierung einen Eisbrecher abenden, um das gefährdete Schiff zu befreien.

Sturmflut. Bei dem letzten Wirbelsturm in den Vereinigten Staaten sind 100 Menschen umgekommen. Der Sachschaden beträgt viele Millionen Dollars.

Die neue „Kriegsliste“. Der Gesamtverband des Deutschen Sprachvereins erklärte in einer Entschließung, daß er die gegenwärtige Zeit nicht für geeignet halte, die an sich wünschenswerten Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung durchzuführen.

Die Herrschaft des Posttarifs werden vom 1. Mai an abermals erhöht, und zwar kostet dann ein einfacher Brief 2 Kronen Porto. Das ist gegenüber dem alten Friedentarif eine Ver-
euerung um 2000 Prozent.

Eine neue Wahlparole in Amerika. Man schreibt uns: Die bevorstehende Präsidentenwahl in Amerika wird, wie aus zahlreichen Pressemeldungen hervorgeht, im Zeichen der Alkoholfrage stehen. Kämpfen früher die Demokraten und Republikaner um die Vorherrschaft im Staate, so spitzt sich nunmehr der Wahlkampf zu einer Machtprobe zwischen den „Trockenen“ und den „Nassen“ zu. Beweis genug, daß das Antialkoholgesetz, durch das das amerikanische Volk überzumpelt worden ist, keineswegs als Ausdruck höchster gesetzgeberischer Weisheit hingenommen wird. Der „Oberboer“ bemerkt dazu, daß die Leidenchaften kaum zur Zeit Lincolns, als es sich um die Aufhebung der Sklaverei handelte, heftiger durch eine Wahlparole aufgepeitscht worden wären, und fordert die Wähler auf, sich von der „Enthaltsamkeitsklausel“ zu befreien. Dagegen droht Bryan, der das Bier als eine teufelische Erfindung der Deutschen bezeichnet hat, den Generalstreik zu propagieren, falls das teutonische Teufelsgetränk in Amerika wieder zu Ehren kommen sollte. Die Stimmung in Amerika scheint aber so zu sein, daß nicht Bryan, sondern ein Kandidat der „Biertrinker“ als Sieger aus dem Kampf um den Präsidentenposten hervorgehen wird. Jedenfalls dürfte das Antialkoholgesetz, das den jugendlichen Brauntwein auf eine Stufe mit dem Bier stellt, einer grundsätzlichen Revision im amerikanischen Kongress unterzogen werden. Selbst Wilson, früher strenger Alkoholgegner aus politischer Berechnung, ist jetzt für eine Milderung des Verbotsgesetzes.

Württemberg.

Stuttgart, 22. April. (Zur Landtagswahl.) Die „Schwab. Tagesztg.“ erklärt heute in einem längeren Wahlartikel, der Württ. Bauern- und Wein-gärtnerverbund werde für die kommenden Wahlen nur solche Männer aufstellen, die zuverlässig, fest und entschieden für die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft stimmen.

Stuttgart, 22. April. (Landw. Hochschule.) An der Landw. Hochschule in Hohenheim waren im letzten Winterhalbjahr 650 Studierende, darunter 13 weibliche, eingeschrieben. 290 waren Württemberger, 317 andere Reichsangehörige (Baden 117, Bayern 85, Hessen 25, sonstige deutsche Länder 23) und 43 Ausländer.

Stuttgart, 22. April. (Einnahmen der Württ. Staatsbahnen.) Im März d. J. wurden auf den württ. Staatsbahnen 6233 000 Personen und 1 229 065 Tonnen Güter befördert. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr erbrachten 9 225 000 Mk., aus dem Güterverkehr 24 958 000 Mk., seit 1. April v. J. im ganzen 197 852 000 Mk.

Stuttgart, 22. April. (Vom Postdienst.) In nächster Zeit werden Zivilamtsleiter bei der Post nicht mehr angenommen, weil die Militärämter zunächst untergebracht werden müssen.

Stuttgart, 21. April. (Jahresversammlung der Ev.-kirchl. Vereinigung.) Die Ev.-kirchl. Vereinigung, die in diesem Jahr auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt, hielt am 21. d. M. im „Herzog Christoph“ in Stuttgart ihre gut besuchte Jahresversammlung. In seinem Begrüßungswort gedachte der Vorsitzende Dekan Gauger-Ludwigsburg insbesondere des so jäh dahingegangenen Begründers der Vereinigung, Bischof D. Römer. Die im Mittelpunkt stehende Besprechung über den der Landeskirchenversammlung vorliegenden Entwurf einer kirchlichen Verfassung wurde von Dekan Schröinger-Schorndorf und Generalstaatsanwalt Röcker eingeleitet, die über die Kommissionsverhandlungen Aufschluß gaben. Die Versammlung beschloß in ihrer großen Mehrheit, der Landeskirchenversammlung den Wunsch nahezu-legen, es möge in dem § 1 das Bekenntnis zum auf-erstandenen und erhöhten Christus in einer klaren Fas-sung zum Ausdruck kommen.

Stuttgart, 22. April. (Landwirtschaftskammer.) Die Tagung der Landwirtschaftskammer, die am 28. ds. Mts. beginnt und zwei bis drei Sitzungen in Anspruch nimmt, wird sich mit folgenden Gegenständen beschäftigen: Beratung des Entwurfs einer Geschäfts-ordnung für die Kammer, Festsetzung des Tätigkeits-gebietes und Anlaß eines Hauses für die Kammer, Über-nahme des „Württ. Landwirtschaftlichen Wochenblatts“, Festsetzung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Kammer, Beratung des Haushaltsplans für 1920, Ausbringung der Geldmittel bis zum Einzug der Umsätze, Auswahl weiterer Mitglieder in die Landwirtschaftskammer, Bildung von Ausschüssen, Wahl von fünf Delegierten in den Deutschen Landwirtschaftsrat. Sodann sollen die Fragen der Zwangswirtschaft, der Lieferungsverträge, der Produktionsförderung und die Abgabe von Tieren an Frankreich und Belgien besprochen werden.

Stuttgart, 22. April. (Zusammenschluß des gesamten Stuttgarter Kleinergewerbes.) Eine am 20. April stattgehabte Vertreterversammlung der ge-werblichen und kaufmännischen Organisationen Groß-Stuttgarts faßte folgende Beschlüsse: Bei den Parla-mentswahlen wird sich der gewerbliche und kaufmän-nische Mittelstand diesmal nicht wieder mit leeren Ver-sprechungen begnügen. Er fordert von den politischen Parteien eine stärkere Vertretung in den bisher ein-zeln zusammengeschlossenen Parlamenten und wird bei Nicht-erreichung dieses berechtigten Verlangens seine Konse- quenzen ziehen. In einer demnächst stattfindenden gro-ßen öffentlichen Versammlung sollen diese und andere Forderungen erörtert werden. Zu den Handwerks-kammern wählen wird die bestimmte Erwartung aus-gesprochen, daß sämtliche Mitglieder und Erfahrmänner der Handwerkskammer ihr Amt freiwillig in die Hände ihrer Wähler zurückgeben, damit eine völlige Neuwahl ermög-licht wird. Bei der Neuwahl soll womöglich jedes Ge-werbe und jeder Oberamtsbezirk einen Vertreter bekom-

men. Weiter wurde eine Kommission bestellt, welche den Zusammenschluß sämtlicher Stuttgarter Innungen zu einem Handwerkerkartell durchzuführen soll.

Stuttgart, 22. April. (Die Maifeier.) Der So-zialdemokratische Verein Stuttgart hält seine Maifeier mit Festzügen und Musik in den Waldheimen Geslach und Gaisburg. In Cannstatt hat sich ein Ausschuß der drei sozialistischen Parteien und der Vertreter der übr-igen Arbeiterorganisationen gebildet, der folgendes Pro-gramm veröffentlicht. Vormittags 9 Uhr Umzug und Massenversammlung auf dem Wilhelmplatz, nachmittags Feiern im Wilhelmgarten. Bei der Stadtverwaltung soll dahin gewirkt werden, daß sämtliche Betriebe stillstehen und die Läden geschlossen bleiben.

Stuttgart, 22. April. (Vom Tage.) Der 17 Jäh-rige alte Koche Georg Lademacher aus Metz, der im Kaffee Königsbau beschäftigt war und im März aus einem Laden des Königsbaus Silberzeug im Wert von 23 000 Mk. geraubt hatte, wurde zu 5 Monaten Gefängnis ver-urteilt. Das Silberzeug konnte restlos beigebracht wer-
den.

Das Trinkgeld soll vom 1. Mai an in Stuttgart in allen Gasthöfen und Gastwirtschaften abgeschafft wer-
den. Das Personal wird durch entsprechende Lohnerschö-nung entschädigt.

Suoh, 21. Waiblingen, 22. April. (Eingehende Wirtschaft.) Das Anwesen des bekannten Gasthofs zur „Krone“ hier ging um 125 000 Mk. einschließlich sämt-lichen Wirtschaftsinventars, in den Besitz des mit seiner Familie aus Weichenburg im Elsaß ausgewiesenen Jul. Berstcher, Steuerinspektor a. D., über. Die Wieder-aufnahme des seit 1. März ds. Js. eingestellten Wirt-schaftsbetriebs ist nicht beabsichtigt.

Sülingen, 22. April. (Besitzwechsel.) Das be-kannte Geracher Schloßchen, einst ein Sammelpunkt der schwäbischen Dichter und Denker, solange das Schloßchen Besitzum des Grafen Christian Friedrich Alexander von Württemberg war, ist dieser Tage aus dem Besitz des Prinzen von Hohenleuben in den des Direktors De Jure übergegangen.

Leonberg, 22. April. (Teuere Jagd.) Bei der Jagdverpachtung des Staatswaldes Silberort und Mal-senbergr wurden 4000 Mk., und für den Waldteil Hürle, der bisher 20 Mk. kostete, 550 Mk. erzielt.

Süßenhausen, 22. April. (Diebstahl.) Zwei junge Burschen entwendeten in der Altstadt ein Hand-wägel, um Diebesbeute, die sie in Kornwestheim in einem Speisereisladen ergattert hatten (Buder, Kaffee usw.), nach Cannstatt zu einer Verwandten zu schaffen. Die Polizei konnte dort ein kleines Warenlager ausheben und auch der Handwagen wurde dem Eigentümer wieder zugestellt.

Süßenhausen, 22. April. (Besitzwechsel.) Die Untere Mühle ging um 630 000 Mk. an eine Erbtochter Mählengenoßenschaft über.

Sulz, 22. April. (Besitzwechsel.) Die messen. Buntweberei Gebr. Stehle ging am 15. April durch Kauf in den Besitz einer Schweizer Gesellschaft über.

Süwangen, 22. April. (Maul- und Klauen-seuche.) In Westhofen fand der Bauer Rumpff, als er morgens seinen Stall betrat, drei Stück Vieh, die am Abend noch gesund waren, verendet vor.

Neutlingen, 23. April. (Eine Fortsetzung der Nebelhöhle entdeckt.) Der „Neutlinger General-anzeiger“ berichtet, daß eine etwa 170 Meter lange, in fünf prächtigen Hallen sich hinziehende, bisher unbekannt Fortsetzung der Nebelhöhle begangen werden kann. Diese neuen Höhlen liegen südwestlich hinter der Nebelhöhle. Ein in westlicher Richtung laufender Gang konnte noch nicht auf seine ganze Länge untersucht werden. Er wird auf 50 Meter geschätzt. Die Höhlen besitzen sehr schön Tropfsteinbildungen.

Navesburg, 23. April. (Vor der Hochzeit in den Tod.) In Alberskirch hat sich ein 18-jähriges Mädchen am Abend vor der Hochzeit erhängt.

Moserswald (Hohenzollern), 23. April. (Brand-stiftung.) In den Bühnenräumen des Mosers brach dreimal Feuer aus, das aber jedesmal so zeitig entdeckt und gelöscht wurde, daß kein größerer Schaden entstand. Eine im Kloster bedienstete 14-jährige Magd gestand dann die Brandstiftung ein, die sie aus Rache verübt habe. Das Mädchen wurde ins Gefängnis abgeliefert, wo zwei Schwestern der jugendlichen Verbrecherin schon vor An-fang der Zeit aus anderen Gründen Wohnung genommen haben.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 22. April.

In der heutigen Vormittags-Sitzung des Landtags be-gründete Abg. Dr. Kraus (S.) eine förmliche An-trage seiner Fraktion, ob die Regierung bereit sei, die Grundsätze der höheren Allgemeinbildung der Lehrer und die Erhaltung der konfessionslosen Schulen auf der Reichsschulkonferenz zu vertreten. Neb-ener forderte eine Umgestaltung des Unterrichts, besonders in Geschichte und Seimatkunde und die Anpassung der Lehrbücher an die Erfordernisse der neuen Zeit. — Un-richtsminister Hummel führte in Beantwortung der Anfrage aus: Man werde in Baden an der Simulta-nalschule festhalten, da sie sich bewährt habe. Sie ent-halte so viele Sicherungen für den Religionsunterricht, daß auch die Kirchengemeinschaften damit zufrieden sein können. Auf der Reichsschulkonferenz werde Baden selbst-verständlich eine Gewähr für seine Eigenart auf dem Ge-biet der Schule fordern. Konwendia sei die Versteifung eines neuen Volksschullehrerbuchs, die noch vorhandenen Auflagen des Volksschullehrerbuchs können aber aufgebraucht werden. Die Lehrbücher der höheren Schulen seien auch heute noch brauchbar. Schließlich sprach der Minister den Lehrern sämtlicher Schulen für ihre Pflichterfüllung eine Anerkennung aus. Nach einer Ansprache, an der sich Abg. des Zentrums, der Demokraten und der Deutsch-nationalen beteiligten, wurde die Bildung eines Aus-schusses beschlossen, dem zwei Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten über die Simultanschule zur wei-teren Behandlung überwiesen werden. Nächste Sitzung nachm. 4 Uhr.

Baden.

Karlsruhe, 22. April. Die Landtags-berichter-
erstatte haben den Präsidenten des Bad. Landtags in Kenntnis gesetzt, daß sie infolge der schlechten Akustik im Sitzungssaal in der Zukunft, abgesehen von kurzen Geschäftsordnungsbemerkungen, nur über die Neben-jener Abgeordneten berichten können, die vom Rednerpult aus sprechen. Die Berichterstatter auswärtiger Zeitungen und der Korrespondenzbüros haben den Präsidenten ge-beten, die Nachmittags-Sitzungen möglichst um 7 Uhr zu schließen, damit es möglich ist, die Berichte noch recht-zeitig zur Post zu bringen. — Der Präsident teilte mit, daß sich der Ausschuß der Vertrauensmänner mit dem Inhalt des Schreibens befassen werde.

Karlsruhe, 22. April. Die bad. Landwirtschaftskam-mer wird am 28. April im Friedrichshof hier eine außerordentl. Vollversammlung abhalten. Die Tages-ordnung umfaßt u. a. die Stellungnahme zum neuen Landwirtschaftskammergesetz und die Förderung des Pflan-zenbaus.

Karlsruhe, 22. April. Das 10 Monate alte Kind eines Zeichners fiel in einem unbewachten Augenblick in der ersten Wohnung zwischen zwei Betten und erstickte. — Die Ehefrau eines Schreiners hat in letzter Zeit ihr 5 1/2 Jahre altes Stiebtöchterchen derart schwer mißhandelt, daß das Kind in das städtische Krankenhaus aufgenommen werden mußte, wo es starb.

Karlsruhe, 22. April. Die hiesigen Bäckerbetriebe werden vom Nahrungsmittelamt Schadenersatz verlangen, weil es den Bäckern verdorbenes Hasermehl zur Brot-streckung geliefert habe.

Bon der Gnz, 22. April. (Lebensmüde.) Der 20-jährige Kaufmann Karl Weichlogel hat sich auf dem bekannten Büchsenbrunner Aussichtsturm bei Pforz-heim, einem beliebten Selbstmordplatz, erschossen, nach-dem er seinen Freunden telephonisch dieses Vorhaben nach Pforzheim angekündigt hatte. Ferner hat sich in einem Wald bei Pforzheim, nicht weit von Dingen-feld, ein 18-jähriger Unbekannter erschossen.

Mannheim, 22. April. Bürgermeister D. v. Hol-sander in Mannheim hat wegen Wegzugs aus Baden sein Amt als Mitglied der Kirchenregierung nieder-gelegt. An seiner Stelle ist Bankdirektor Keller in Freiburg als Mitglied eingetreten.

Offenburg, 22. April. Nach amtlicher Feststellung würde der Abbau der Kohlenlager Bergbauern-Diers-burg wegen der großen Kosten und der Ungewißheit, auf ein nennenswertes Lager zu kommen, unrentabel sein. Jedenfalls müßte das Ergebnis der einer Mon-nheimer Firma überlassenen Schürfung abgewartet wer-
den, ehe von Seiten des Staats und der Gemeinde nach dem Wunsch des Offenburgers Kohlenbezugsvereins an den Abbau herangetreten werden könnte.

Freiburg, 22. April. Das Gewerkschaftskartell Frei-burg, dem rund 10 000 organisierte Arbeiter angehören, beschloß, an die Regierung eine dringende Eingabe um Beschaffung eines genießbaren Brots zu richten. In der Sitzung der Gewerkschaftsbelegierten kamen auch die ausstehenden Preisunterschiede bei wichtigen Lebensmitteln zwischen Freiburg und anderen badischen Städten zur Sprache. Falls keine Abhilfe erfolgt, will man eventuell solche durch einen Generalstreik zu erzwingen suchen.

Freisach, 22. April. Hier wird am Bahnhof ein grö-ßeres Postamt errichtet, das zur Abwicklung des Post-verkehrs zwischen Deutschland und Frankreich in Betrieb genommen werden soll, sobald der Zugverkehr zwischen Baden und dem Elsaß wieder in Tätigkeit tritt.

Achern, 22. April. Die steigende Zahl der Evange-lischen im Achertal macht die Erbauung eines evang. Got-teshauses notwendig. Der evang. Oberkirchenrat hat deshalb die evang. Gemeinden zur Beisteuer zu einer Kapelle in Rappelroden aufgefordert; dem Zweck wird auch die Kirchenkollekte am 2. Mai gewidmet sein.

Signeringen, 22. April. (Hohe Tat.) Der Landwirtschaftslehre Joh. Waldrass von hier, ein ruhiger und arbeitsamer Bursche, arbeitete am letzten Sams-tag auf dem Acker seiner Eltern. Der Holzträger Schenk von hier, der in der Nähe beschäftigt war, fing mit Waldrass aus geringfügiger Ursache einen Streit an, in dessen Verlauf er Waldrass zuerst furchtbar verprü-gelte, dann mit einem feilschenden Messer ihm einen ge-fährlichen Stich in den Rücken versetzte. Der Täter hat schon manches auf dem Kerbholz. Vor einem Jahr schlug er den Feldhüter Horn bis zur Bewußtlosigkeit, so daß dieser bald nach der Mißhandlung starb. Der Holz-träger Schenk damals aber nur eine geringe Strafe.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 23. April 1920.

Verkehrsnachrichten. Der Personenzug 948 Wild-bad—Pforzheim verkehrt ab Montag 26. April Wert-tags regelmäßig in 5 Minuten früherem Fahrplan; Ab-fahrt in Wildbad 5.28.

Bohltätigkeitsfeier. Am Sonntag abend veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten in der „Alten Linde“, eine Bohltätigkeitsfeier mit Theateraufführung zu Gunsten bedürftiger Kriegsbeschädigter. Wie noch in guter Erin-nerung sein wird, ist die letzte Veranstaltung des Reichsbundes sehr gut gelungen und steht somit zu erwarten, daß die morgige Feier der letzten in nichts nachsteht. Da diese Veranstaltung außerdem einen wohltätigen Zweck verbindet ist ein zahlreicher Besuch zu wünschen.

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 25. April, 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. Visitation und An-sprache: D. Meyerlin. 10 1/2 Uhr Kinder Gottesdienst. 1 Uhr Christenlehre für Töchter: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, den 25. April, 7 Uhr Frühmesse. 9 1/2 Uhr Predigt und Hochamt. 2 Uhr An-dacht. Montag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7 1/2 Uhr heil. Messe. Beicht: Samstag nachm. von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 7 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

